

---

### **Armut und bürgerschaftliches Engagement**

#### **A. Der Erste Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg 2015**

Mit dem im November 2015 veröffentlichten Ersten Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg mit dem Schwerpunkt Kinderarmut legt die Landesregierung eine umfassende Datengrundlage zur Armutsgefährdung im Land vor.

Der Armuts- und Reichtumsbericht gliedert sich in drei Teile: Mit Teil A hat die Familienforschung Baden-Württemberg die erste umfassende wissenschaftliche Analyse zu Armut und Reichtum im Land erstellt. Im Teil B haben die Mitglieder des Landesbeirats für Armutsbekämpfung und Prävention umfangreiche Stellungnahmen zum Datenteil vorgelegt. Im Landesbeirat sind unter anderem die Liga der freien Wohlfahrtspflege, die Landesarmutskonferenz, die Kommunalen Landesverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Arbeitgeber sowie der Kinderschutzbund vertreten. Der Teil C enthält die Maßnahmen und Handlungsempfehlungen der Landesregierung zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Ergänzt wird der Bericht durch aktuelle Kurzreports, durch die Förderung von best practice-Projekten sowie durch die Einbeziehung der Öffentlichkeit und Betroffener bei drei Kongressen, die wir im Rahmen der Erstellung des ersten Armuts- und Reichtumsberichts durchgeführt haben.

Der Bericht kann samt Begleitmaterialien auf der Homepage des Ministeriums (<http://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/arbeit-soziales/soziales/armuts-und-reichtumsbericht/>) heruntergeladen werden.

#### **B. Politische Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement**

Der Bericht enthält – außergewöhnlich für Armutsberichte der Länder – im Kapitel „Lebenslagen und soziale Exklusion“ auch Ergebnisse zum Thema „politische Teilhabe und Exklusion“. Dazu wurde der Zusammenhang zwischen ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen und den drei Indikatoren „Politisches Interesse“, „Ehrenamtliche Tätigkeit und politische Partizipation“ sowie „Freiwilliges Engagement“ ausgewertet. Als Ergebnis ist festzuhalten: Sozioökonomische Aspekte haben einen großen Einfluss auf politische und bürgerschaftliche Teilhabe.

## 1. Politisches Interesse und Armutsgefährdung

Politisches Interesse und andere Formen politischer Beteiligung sind sowohl bundesweit als auch in Baden-Württemberg über die Schichten hinweg ungleich verteilt. Dabei zählen Arbeitsuchende und Personen mit Niedrigeinkommen zu den politisch weniger Interessierten und Aktiven.

Arbeitslose und von Armut Betroffene reduzieren ihre politische Beteiligung nicht erst nach Eintritt eines bestimmten Ereignisses, wie zum Beispiel dem Abstieg in Armut nach einem Einkommensrückgang. Ihre Teilhabe war bereits vor solchen Ereignissen eingeschränkt. Gleiches gilt für den Grad an politischem Interesse. Auch führt der Abstieg in Armut nicht zwingend zu einer Reduzierung des politischen Interesses. Vielmehr stellen weitere schichtspezifische Merkmale bzw. die soziale Herkunft starke Prädiktoren für politisches Interesse dar.

Nach Ergebnissen auf der Grundlage des SOEP waren Personen mit Armutsrisiko 2012 in Baden-Württemberg weniger politisch interessiert als nicht armutsgefährdete Personen. Unter der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung interessierten sich 7,8 % sehr stark und 32,5 % stark für Politik. Der Anteil politisch sehr stark bzw. stark Interessierter lag unter den Armutsgefährdeten bei 6 % bzw. 27,5 %.

Das politische Interesse bei Personen mit Armutsrisiko war im Südwesten etwas stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt. Im heutigen sowie im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) lag der Anteil sehr stark Interessierter unter den Armutsgefährdeten bei 5,9 % bzw. 5,8 % und der stark Interessierter bei 21,6 % bzw. 22,3 % (im Vergleich zu 6 % bzw. 27,5 % in Baden-Württemberg).

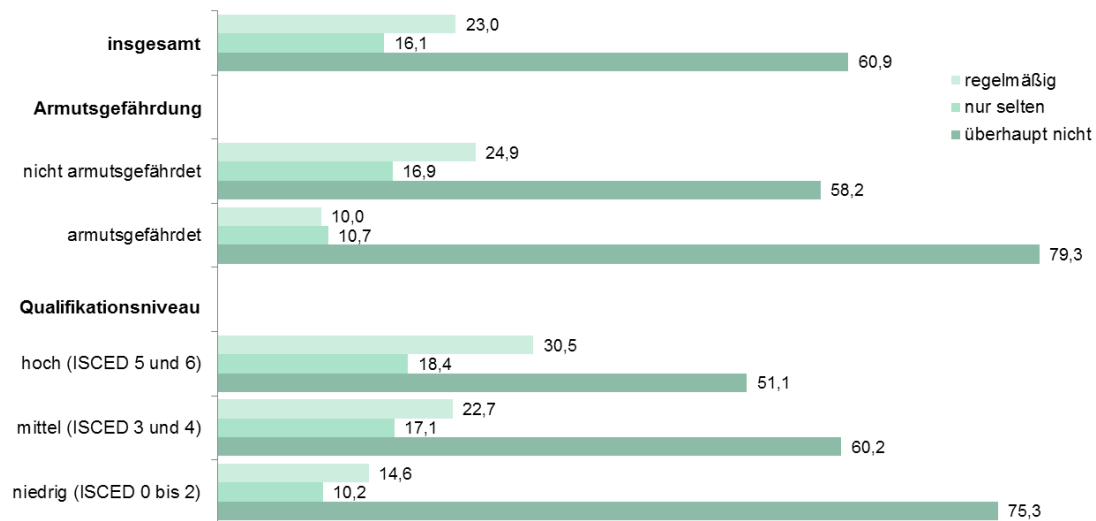
Wie die Ergebnisse des SOEP zeigen, interessierten sich baden-württembergische Männer 2012 häufiger für Politik als Frauen. 10 % der Männer, aber nur 5,3 % der Frauen gaben an, ein sehr starkes politisches Interesse zu haben. Stark ausgeprägt war das Interesse bei 39,6 % der Männer und bei 24,6 % der Frauen. Fast jede fünfte Frau (19,3 %), aber nur jeder elfte Mann (8,8 %) gab an, sich überhaupt nicht für Politik zu interessieren.

Noch geringer ist das politische Interesse von Frauen mit Migrationshintergrund. Diese wiesen einen besonders hohen Anteil an überhaupt nicht politisch Interessierten auf (33,5 %). Der Unterschied zu den Frauen ohne Migrationshintergrund betrug 21,5 Prozentpunkte. Ein mögliche Erklärung für die Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund könnten die durchschnittlich geringeren schulischen und beruflichen Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten sein.

Mit dem Qualifikationsniveau steigt das Interesse an Politik. 2012 hatten rund 11,4 % der Bevölkerung mit hohem Qualifikationsniveau ein sehr starkes Interesse an Politik, bei den Bevölkerungsgruppen mit mittlerem und niedrigerem Qualifikationsniveau lagen die Anteile mit 7,6 % bzw. 2,3 % vergleichsweise niedrig.

## 2. Ehrenamtliche Tätigkeit und politische Partizipation

### Ehrenamtliche Tätigkeit und politische Partizipation der Bevölkerung\*) in Baden-Württemberg 2011



\*) Ab 18 Jahren. - 1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten in Baden-Württemberg. - 2) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der internationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt. - Datenquelle: SOEP; eigene Auswertung Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Nach Ergebnissen auf Basis der SOEP-Erhebung waren Personen ohne Armutsrisiko 2012 ehrenamtlich und politisch aktiver als die mit Armutsrisiko. Unter der nicht armutsgefährdeten Bevölkerung in Baden-Württemberg engagierte sich fast jede/r Vierte (24,9 %) regelmäßig, unter der armutsgefährdeten jede/r Zehnte (10 %). 16,9 % der Nicht-Armutsgefährdeten und 10,7 % der Armutsgefährdeten gingen solchen Aktivitäten sporadisch nach.

In Baden-Württemberg wie im Bundesdurchschnitt beteiligten sich Männer häufiger regelmäßig an ehrenamtlichen und/oder politischen Aktivitäten als Frauen. Der Unterschied zwischen den Beteiligungsquoten von Frauen und Männern betrug im Südwesten 4,2 Prozentpunkte und im heutigen sowie im früheren Bundesgebiet 5,7 bzw. 6,2 Prozentpunkte.

Migrantinnen und Migranten wiesen eine deutlich geringere Teilhabe an ehrenamtlichen Tätigkeiten und/oder politischer Partizipation auf. In Baden-Württemberg waren 2012 rund 13,4 % der Migrantinnen und Migranten in diesen Bereichen aktiv, bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund betrug der Anteil rund doppelt so viel (26,7 %).

Ein höheres Qualifikationsniveau geht mit einem höheren Grad an ehrenamtlicher Tätigkeit und/oder politischer Partizipation einher. Bei der baden-württembergischen Bevölkerung mit hohem Qualifikationsniveau war die zivilgesellschaftliche und politische Teilhabe mit 30,5 % mehr als doppelt so hoch wie bei der mit niedrigem Qualifikationsniveau (14,6 %).

### **3. Freiwilliges Engagement**

Nach Landesergebnissen des Freiwilligensurvey engagierte sich im Jahr 2009 in Baden-Württemberg mit 41 % ein bundesweit überdurchschnittlich großer Teil der Bevölkerung ehrenamtlich – das heißt freiwillig, meist unentgeltlich und gemeinwohlorientiert. Weitere 33 % der Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger waren gemeinschaftlich aktiv, das heißt, sie waren Mitglieder oder beteiligten sich an Aktivitäten in Vereinen und anderen Gruppen, ohne eine ehrenamtliche Funktion übernommen zu haben. Damit sind im Südwesten fast drei Viertel der Bevölkerung in Strukturen der Zivilgesellschaft eingebunden.

Männer und Frauen waren in verschiedenen Bereichen freiwillig engagiert. Von Männern dominierte Bereiche waren insbesondere Sport und Bewegung sowie Unfall-, Rettungsdienste und Feuerwehr. In manchen Bereichen hat sich die Teilhabe von Männern und Frauen seit 2004 angeglichen, so zum Beispiel in den Bereichen Politik und berufliche Interessensvertretung. Hier waren bislang Männer stärker vertreten als Frauen. Im Gesundheitsbereich sowie im Bereich Schule haben die Männer im Vergleich zu 2004 aufgeholt. Im Bereich Kirche und Religion hat sich das Verhältnis zwischen Männern und Frauen sogar umgekehrt. Mittlerweile sind hier 9 % der Männer und 7 % der Frauen ehrenamtlich aktiv.

### **4. Zusammenfassung und Ausblick**

Die Ergebnisse zeigen, dass sozioökonomische Aspekte einen großen Einfluss auf politische und bürgerschaftliche Teilhabe haben. Dies legt die Vermutung nahe, dass ungleiche Beteiligung auch durch eine ungleiche Ressourcenausstattung bedingt sein könnte, weil damit auch die Chancen, sich zu beteiligen, eingeschränkt sind. Insofern weisen die Befunde darauf hin, dass auch in Baden-Württemberg ungleiche Teilhabechancen hinsichtlich politischer und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestehen könnten.

Mit der „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ hat das Land konkrete Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement und zur Aktivierung zusätzlicher Engagementpotenziale aufgezeigt. Das Programm „Gemeinsam sind wir bunt“ im Rahmen der Engagementstrategie sieht die modellhafte Erprobung von Maßnahmen und Entwicklung von Ansätzen in den verschiedenen Lebens- und Begegnungsräumen vor, um hierdurch künftig insbesondere auch für engagementferne Gruppen und erwerbslose Menschen einen Zugang zum Bürgerschaftlichen Engagement zu schaffen. Den Engagierten vor Ort, den Kommunen und den freien Trägern soll ein Rahmen geboten werden, um Bürgerschaftliches Engagement auf- und auszubauen und Hemmnisse abzubauen. Denn für das Bürgerschaftliche Engagement ist keiner entbehrlich.

*Bei dem Text handelt es sich um einen Input des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg für die konstituierende Sitzung der Arbeitsgruppe „Engagement und soziale Gerechtigkeit“ des BBE am 1. Februar 2016 in Berlin.*

**Redaktion**

**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

E-Mail: [newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

Web: [www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)